

Das LKA gibt sich zugeknöpft **Fragen von Bürgerrechtlern werden zum Teil ignoriert**

„LKA will mehr Überwachung“ hieß es am 15. August 2009 in einem Titelseiten-Artikel der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung [1]. Genauere Details wurde der Leser allerdings nicht gewahrt.

In einem Offenen Brief [2] haben hannoversche Bürgerrechtler des AK-Vorrat^{*)} deswegen acht konkrete Fragen an den Direktor des niedersächsischen Landeskriminalamts gestellt. Das LKA antwortete zwar zügig [3], ging aber auf fünf der acht Fragen inhaltlich gar nicht ein und stellt stattdessen weitere Behauptungen auf, die aus Sicht der Aktivisten nicht haltbar sind. Darum richtet sich der AK-Vorrat Hannover nun in einem weiteren Schreiben [4] an die Behörde.

„Warum werden die Fragen einfach ignoriert?“, fragt sich Michael Ebeling, einer der Engagierten des AK-Vorrat in Hannover. „Man hätte uns doch wenigstens mitteilen können, warum man auf die Fragen nicht eingeht. So werden allerdings nur unsere bisherige Erfahrungen verstärkt, dass Fakten und Behördenabsichten, bei denen es sich nicht um geheime oder vertrauliche Angaben handelt, nicht herausgegeben sondern hartnäckig erstritten werden müssen.“

Obwohl sich das Land Niedersachsen mit einem ähnlichen Vorhaben bereits 2005 eine Abfuhr vom Bundesverfassungsgericht erfuhr [5] und auf sämtlichen Prozesskosten sitzenblieb, verlangt das LKA nun wieder eine deutliche Ausweitung seiner Befugnisse zum Abhören von Telefonaten von Bürgern, denen keine Straftat vorgeworfen werden kann. Und das, obwohl die Anzahl der Abhörmaßnahmen in Niedersachsen bereits nach geltendem Recht von 2007 bis 2008 um 67% gestiegen ist, während die Zahl Telefonüberwachungen deutschlandweit im gleichen Zeitraum um „nur“ 11% angewachsen ist.

Aus der Sicht des AK-Vorrat Hannover reihen sich diese Tendenzen in die Reihe weiterer bedenkliche Entwicklungen in Niedersachsen nahtlos an. Deswegen wurde erst vor kurzem eine Aufklärungsbroschüre zu diesem Thema herausgegeben [6].

Nun wartet man gespannt auf eine Antwort aus der Kriminalbehörde: „Wir würden uns über eine gehaltvolle Antwort sehr freuen.“ heißt es dann auch abschließend im Offenen Brief.

- [1] <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/LKA-will-mehr-Ueberwachung>
- [2] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/20090819_Offener_Brief_LKA-Nds.pdf
- [3] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/20090828_Antwort_LKA_Niedersachsen.pdf
- [4] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/20091020_Offener_Brief_LKA-Nds_II.pdf
- [5] http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20050727_1bvr066804.html
- [6] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Flyer_-_niedersachsen_und_grundrechte.pdf

Pressekontakt:

Michael Ebeling
Kochstraße 6
30451 Hannover

Telefon: (01577) 3919170
E-Mail: hannover@vorratsdatenspeicherung.de

^{*)} Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat) ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss von verschiedenen Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen sowie unabhängigen Bürgern. Der Ursprung des Arbeitskreises ist die gemeinsame Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, an der sich über 34.000 Bürger beteiligen:

<http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

In regionalen „Ortsgruppen“ engagieren sich die einzelnen Mitglieder darüber hinaus in weiteren Aktivitäten rund um das Thema Datenschutz und Bürgerrechte – meistens mit dann regionalem Bezug. Nähere Informationen über die Ortsgruppe Hannover im AK-Vorrat finden Sie unter:

<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>